



BMHS – Gewerkschaft

der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen
1080 Wien, Strozzigasse 2/4.Stock, Tel. (01) 533 63 35, Fax Dw. – 20
Mailadresse: office.bmhs@goed.at ZVR-Nr. 576439352

per Mail: begutachtung@bmukk.gv.at

An das
Bundesministerium für
Unterricht Kunst und Kultur
z.Hd. Herrn Dr. Gerhard Münster
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, 20. April 2010
Rai/Ka/zuZl.152/10

Stellungnahme zu: *BMUKK-14.160/0007-III/2/2010*

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Berufsreifeprüfungsgesetz
geändert wird; Begutachtungs- und Konsultationsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die BMHS-Gewerkschaft lehnt den vorliegenden Entwurf ab!

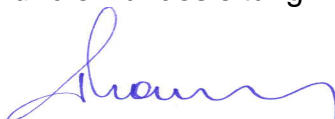
Begründung:

Durch den vorliegenden Entwurf sollen in Zukunft auch jene Lehrerinnen und Lehrer als Vortragende in Lehrgängen zur Vorbereitung auf die Teilprüfung „Fachbereich“ tätig sein, die in einer berufsbildenden höheren Schulen derzeit nicht unterrichten dürfen. Dies ist aus Sicht der BMHS-Gewerkschaft ein qualitativer Rückschritt. Außerdem steht dieser Entwurf eines Bundesgesetzes im Widerspruch zum Expertenpapier LehrerInnenbildung NEU. In diesem Papier über die Zukunft der pädagogischen Berufe wird vorgeschlagen, dass in Zukunft nur jene Lehrerinnen und Lehrer in Abschlussklassen unterrichten und prüfen dürfen, die ein entsprechendes Masterstudium abgeschlossen haben. Die Vorbereitungslehrgänge für die Berufsreifeprüfung sind aus Sicht der BMHS-Gewerkschaft mit Abschlussklassen gleichzusetzen. Daher sollen in diesen Lehrgängen auch in Zukunft nur Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, die auch die Lehrberechtigung für die berufsbildenden höheren Schulen haben.

Es ist politischer Wille, dass auch an den BHS die Reife- und Diplomprüfung NEU durchgeführt wird. Die BMHS-Gewerkschaft weist darauf hin, dass unter der Prämisse der Qualitätssicherung die geplante Reifeprüfungsreform nur dann Sinn ergibt, wenn tatsächlich ALLE abschließenden Prüfungen, die den Zugang zu einem

Universitäts- bzw. (Fach)Hochschulstudium ermöglichen, einbezogen werden. Es ist daher für die BMHS-Gewerkschaft unverständlich, warum in dieser Novelle keine Überlegungen im Hinblick auf die Reife- und Diplomprüfung NEU vorkommen und fordert daher die Gleichbehandlung von Kandidatinnen und Kandidaten im Rahmen der Berufsreifeprüfung.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
für die Bundesleitung¹⁴



HR Prof. MMag. Jürgen Rainer
Vorsitzender

Kopie an: Präs.d.Nationalrates (begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)
ÖGB (sozialpolitik@oegb.at)
GÖD